

Vertrauensschwund

Wenn man die Tageszeitungen aufschlägt und täglich neue Tartarenmeldungen über die wirtschaftliche Entwicklung, die Ausgaben unserer Sozialsysteme, die Entwicklung der Steuereinnahmen oder des Schuldenstandes liest, kann man sich des Mitleids für Bundeskanzler Schröder und seiner Bundesregierung nicht enthalten. Ist sie doch angetreten, die Arbeitslosigkeit zu senken, die Schulden abzubauen und die Sozialsysteme zu stabilisieren. Noch wenige Tage nach dem Wahlsieg im Herbst 2002 wählte Schröder, es sei eine neue sozialdemokratische Ära angebrochen. Aber keine der zahlreichen, meist mit wohlklingenden Namen versehenen Reformen will das halten, was die Regierung großspurig versprochen hat: Halbierung der Arbeitslosigkeit z. B., kräftig sinkende Krankenkassenbeiträge oder die Einhaltung der EU-Stabilitätskriterien.

Was hat die Regierung nicht schon alles unternommen – und welche Erfolge kann sie vorzeigen: ständig steigende Arbeitslosigkeit, kein Haushalt ohne Nachtragshaushalt, eine ständig steigende Neuverschuldung und aufgebrauchte Rentenreserven. Die Arbeitsverwaltung ist von einer Bundesanstalt zu einer Bundesagentur mutiert, eine höhere Effizienz hat sie zwar nicht erreicht, aber dafür immer neue Skandale produziert. Und sie ist nach wie vor ein Fass ohne Boden. Die Personalservice-Agenturen halten bei weitem nicht das, was die Regierung versprochen hat. Dafür kosten sie mehr Geld, und die größte ist schon Pleite. Pleiten, Pech und Pannen scheint das Los der Bundesregierung zu sein.

Jetzt musste die Bundesregierung wieder einmal ihre Wachstumsprognose zurücknehmen. Was die Wirtschaftssachverständigen und -institute seit Monaten schon wissen und vor-

hersagen, wird erst jetzt von der Bundesregierung nachvollzogen. Der Bundesfinanzminister weigert sich trotzdem tapfer, vor dem offiziellen Steuerschätzungstermin eine Prognose über den Haushalt abzugeben: er hat schon gelernt, vor solchen Terminen keine unhaltbaren Versprechungen zu machen. Warum aber sagt er nicht offen, was alle schon wissen: dass mit dem geringeren Wachstum zwangsläufig das Haushaltsloch größer wird, weil die Ausgaben nicht sinken.

Das gilt noch nicht für alle Kabinettsmitglieder – z. B. die Ministerin Schmidt. Auch sie verkündet standhaft, dass die Folgen der Gesundheitsreform zu einer bedeutsamen Senkung der Versichertenbeiträge führen würden. Ob und wann das in der versprochenen Form geschehen wird, bleibt zweifelhaft: trotz erhöhter Zuzahlungen bei Medikamenten stiegen die Ausgaben der Krankenkassen dafür im 1. Quartal – dabei sollten drei Milliarden eingespart werden.

Der gute Wille einer Regierung reicht nicht, vor allem dann, wenn sie an sich gute Ideen schlecht oder nur halbherzig durchführt. Wenn dann zuviel versprochen, mit Informationen zurückgehalten oder Probleme gar geschönt werden, geht der Glauben des Bürgers an die Fähigkeiten und den guten Willen der Regierung vor die Hunde. Die Pleiten-Pech- und Pannenserie der Regierung ist selbst verschuldet. „Handwerkliche“ Fehler, falsche Einschätzungen über das Verhalten von Bürgern, Arbeitnehmern oder Betrieben und ein fehlender ordnungspolitischer Rahmen sind Gründe dafür.

Beispiel dafür ist z. B. die von Wirtschaftsminister Clement angestoßene Idee, die Sparerfreibeträge abzu-

schaffen und die Ersparnis von 2,5 Milliarden für Forschung und Bildung auszugeben. Jeder Bürger fragt sich: was kommt als nächstes? Er wird noch mehr sparen, statt zu konsumieren. Und zwar nicht wegen eines Freibetrags, sondern aus Sorge vor einer unkontrollierten, unberechenbaren und unverständlichen Politik. Auch die Diskussion um die Ausbildungsabgabe macht keinen Sinn: neue Kosten für die Wirtschaft sind für die Konjunktur kontraproduktiv. Und sie schadet insgesamt dem Standort Deutschland: Wer hier investiert, weiß nie, was der Politik als nächstes einfällt, um einen vorhandenen und eingebildeten Missstand zu beheben.

Die Politik dieser Bundesregierung schafft Unsicherheit. Niemand weiß, was als nächstes kommt. Diese Unsicherheit wird noch dadurch verschärft, dass die Reformen nicht die versprochenen Resultate bringen. Vertrauen schafft das nicht. Vertrauen aber ist die grundlegende Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Jörg Hebsacker

Aus dem Inhalt:

Tarifpolitik/	
Volkswirtschaft	2 + 3
Arbeitsmarktpolitik	4 + 5
Tag der Arbeit	6 + 7
Aufgespießt	8
Gesundheitspolitik	10 + 11
Europa	12 + 13
Arbeitsrecht	14
Aktionärvereinigung	15
Gewerkschaften	16
Personalratswahlen	17 + 18
Verbandsarbeit	19
Informationen	20 + 21
Kaufmannsjugend	22 + 23

Ersatzkassen

Die Kostendeckelungspolitik der Bundesregierung hat einige Ersatzkassen erheblich unter Druck gesetzt, dem nur durch personelle Maßnahmen begegnet werden kann. Deshalb wurde der EKT – Ersatzkassen-Tarifvertrag für haustarifvertragliche Regelungen im Bereich der Arbeitszeit geöffnet. Die BARMER Ersatzkasse hat davon bereits Gebrauch gemacht. Weitere Ersatzkassen werden wohl folgen. Für die Tarifverhandlungen erwartet die Gewerkschaft DHV von den Tarifpartnern, dass alle Informationen rechtzeitig für eine Prüfung des Handlungsbedarfs zur Verfügung stehen.

Die Organisation der einzelnen Kassen ist sehr unterschiedlich. Hier sehen wir unsere Verpflichtung, für die Mitarbeiter der betroffenen Kas-

sen gerechte Lösungen mit den Arbeitgebern zu vereinbaren. Dies fordert von allen Beteiligten ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen. Die gegenwärtigen Arbeitsabläufe in allen Ebenen müssen transparent und uns zugänglich gemacht werden. Wir müssen in zukünftige Planungen und Neuorganisationen frühzeitig eingebunden werden.

Eine offene und vertrauensvolle Unterrichtung beider Seiten ist einfach notwendig, um die Ersatzkassenmitarbeiter in ihrer Verantwortung und Überzeugung zu stärken, zum Wohle der betroffenen Ersatzkasse. Denn nur auf diesem Wege können die Ersatzkassen ihre bedeutsame Stellung in der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten.

Vordringlichste Aufgabe aller Vor-

standsmitglieder, der Geschäftsführungen und aller Führungskräfte muss es sein, ein positives Arbeitsklima zu schaffen: nur dann stehen alle Arbeitnehmer mit Überzeugung zu ihrer Kasse und werden sie im Wettbewerb stärken.

Der DHV wird für seine Mitglieder die dafür erforderliche Verantwortung übernehmen. Zielgerichtet, praxisnah und menschlich wird unsere Arbeits- und Verhandlungsweise sein, um weiteren Stellenabbau zu verhindern. Verwaltungskosten nur durch Stellenabbau zu senken, kann nicht der Weg zum Erfolg der Ersatzkassen sein.

Udo Reimann

*Vorsitzender der DHV-
Bundesfachgruppe Ersatzkassen*

DGB-Dumping bei der Zeitarbeit

In der DAZ 1/2004 (s. Artikel „Billiger Jakob DGB“ auf Seite 8) haben wir aufgezeigt, dass der Tarifvertrag zwischen BZA und DGB mehr Schein als Sein ist. U. a. haben wir nachgewiesen, dass dieser Tarifvertrag klammheimlich die Möglichkeit bietet, die Löhne unter das Niveau der Tarifverträge zu drücken, die die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und PSA (CGZP) abgeschlossen hat. Der Tarifvertrag zwischen DGB und BZA sieht nämlich die Möglichkeit vor, den Stundenlohn durch Anrechnung von Fahrtgeld und Verpflegungsmehraufwand um bis zu 25 % zu senken.

Dass diese Vereinbarung kein Versehen war, zeigte jüngst eine Klarstellung seitens des DGB. Reinhard Dombre, Verhandlungsführer Zeitarbeit im DGB, hatte nämlich klargestellt, dass ein Eingangslohn von 5,14 € möglich sei, wenn auf den Bruttostundenlohn von 6,85 € ein Fahrgeld von täglich 6 € und ein 6 € Verpflegungsmehraufwand angerechnet wird. Zur Erinnerung: Der vom DGB als Dumpingtarifvertrag beschimpfte Tarifvertrag zwischen der CGZP und MVZ hat einen Mindeststundenlohn von 6,01 €. Eine Anrechnung von Fahrgeld und Verpflegungsmehraufwand auf den Bruttolohn sieht dieser Tarifvertrag jedoch nicht vor.

Der DGB / BZA-Tarifvertrag ist ein anschauliches Beispiel für die Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften im Zeitarbeitsbereich: Nicht die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen, sondern die Verdrängung der Christlichen Gewerkschaften um jeden Preis ist das Handlungsmotiv. Da ist jedes Mittel recht und billig, und seien es auch Dumpingtarifverträge, die auf den ersten Blick als solche nicht erkennbar sind.

Der DGB hat sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keine Freunde gemacht. Aber auch nicht bei den Arbeitgebern. Denn die Umwandlungsklausel gilt nur für den DGB / BZA-Tarifvertrag. Der andere Tarifpartner des DGB – die IGZ – ist nicht gut auf ihn zu sprechen. Gegenüber dieser hat sich der DGB nicht so spendierfreudig gezeigt. Die IGZ ist nach eigenen Angaben maßlos enttäuscht. Das Vertrauensverhältnis näherte sich dem Nullpunkt, hört man. Der DGB sorge mit seiner Politik für Wettbewerbsverzerrungen.

Die Tarifgemeinschaft des DGB ist jetzt in einer Zwickmühle, denn die IGZ hat Nachverhandlungen zur Wertgleichheit angekündigt. Dass das Ergebnis nicht die Annullierung der Umwandlungsklausel sein kann, liegt auf der Hand. Also werden wir wohl bald über einen neuen DGB-Dumpingtarifvertrag berichten können. **rö**

Tarifarbeit kompakt

Großhandel: Der DHV hat mit der Benteler Handel GmbH in Kaarst einen Tarifvertrag mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung abgeschlossen. Die Tarifverhandlungen kamen auf Initiative der Beschäftigten zustande. Diese hatten sich an den DHV gewandt, weil sie von verdi im Stich gelassen worden waren.

Private Kliniken: Mit den Kliniken Am Bingert und Aukamthal in Wiesbaden wurden am 4. Mai die Tarifverhandlungen aufgenommen. Seit Jahren herrscht in diesen Kliniken ein tarifloser Zustand, den der DHV zusammen mit den Beschäftigten beseitigen will.

Ersatzkassen: Der DHV hat mit der **BARMER Ersatzkasse** einen Haustarifvertrag zur Beschäftigungssicherung abgeschlossen. Dieser sieht eine bis zum 31.12.2004 befristete Arbeitszeitreduzierung ohne Lohnausgleich um eine Wochenarbeitsstunde vor. Mit diesem Tarifvertrag konnten betriebsbedingte Kündigungen verhindert werden.

Mit der **DAK** fand am 1. April ein Spitzengespräch statt, in dem Fragen der weiteren Zusammenarbeit erörtert wurden.

Standort Deutschland fällt zurück

Anders als die aktuellen Meldungen über eine vermeintliche Export-Weltmeisterschaft Deutschlands suggerieren, ist die Weltmarktposition Deutschlands nicht leicht zu bestimmen. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Währungsparität

Allein der jüngste Höhenflug des Euro hat den Wert der deutschen Euro-Ausfuhren, der in den internationalen Statistiken in US-Dollar umgerechnet ausgewiesen wird, rein rechnerisch nach oben getrieben. In Euro gerechnet dürften die deutschen Waren- und Dienstleistungsexporte 2003 laut Sachverständigenrat aber nur um 1,1 vH zugelegt haben – statt um gut 20 vH auf Dollar-Basis. Die starke europäische Währung verteuert deutsche Produkte außerhalb des Euro-Raums. Sie wird auf längere Sicht tendenziell die Exportkonjunktur abbremsen.

Durchlaufende Posten

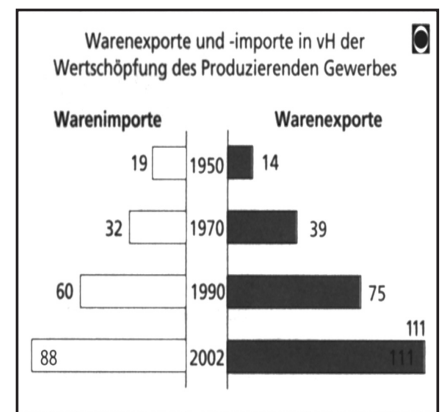
Um zu erfassen, wie sich Deutsch-

land im internationalen Güteraus-tausch positioniert, muss noch eine weitere außenwirtschaftliche Entwicklung näher unter die Lupe genommen werden:

Der Außenhandel beschränkt sich schon lange nicht mehr auf den Export fertiger Produkte. Nicht alle an ein anderes Land verkauften Erzeugnisse werden dort auch verbraucht. Ein beträchtlicher Teil der weltweiten Im- und Exporte besteht vielmehr aus Vorleistungslieferungen – Produktbestandteile also, die auf unterschiedlichen Fertigungstiefen durchaus mehrmals die Grenzen überschreiten und die Ein- und Ausfuhrmengen so aufblähen. Dieser Trend zeigt sich auch, wenn grenzüberschreitende Warenlieferungen und Wertschöpfung zueinander ins Verhältnis gesetzt werden.

Im Jahr 2002 beliefen sich die deutschen Warenexporte auf 111 % der im produzierenden Gewerbe erbrachten Wertschöpfung. Es wurden also mehr Produkte exportiert, als überhaupt erzeugt wurden. Vieles

von den Warenlieferungen des „Export-Weltmeisters“ Deutschland ins Ausland muss vorher in anderen Ländern zugekauft worden sein. 1950 lag dieser Wert in Westdeutschland lediglich bei 14 %; schon 1990 war er aber auf 75 % angestiegen. Der deutsche Export dient somit immer stärker als Drehscheibe für Produktbestandteile ausländischer Zulieferer. Die Wertschöpfung für den Export findet überwiegend im Ausland statt. Dort schafft der deutsche Export die Arbeitsplätze!



Fortsetzung von Seite 3

DRK: Mit dem DRK Sachsen wurde am 30. April ein Entgelttarifvertrag abgeschlossen. Dieser sieht Entgelt-erhöhungen vor: In Höhe von 1,8 % ab dem 01.07.2004 bis zum 30.06.2005 sowie in Höhe von 1,5 % ab dem 01.07.2005 bis zum 30.06.2006. Zusätzlich wurde für das Jahr 2005 ein bezahlter freier Tag vereinbart.

BDK-Klinikdienste: Am 30. April fanden Tarifverhandlungen in Duisburg statt. Ziel ist ein Tarifabschluss noch im Mai.

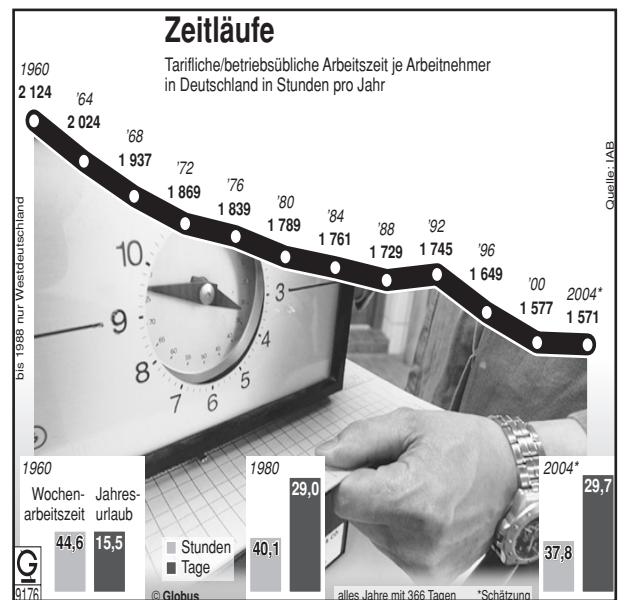
Banken:

Die Tarifverträge im Bankgewerbe wurden fristgemäß zum 31.5.2004 gegenüber den vier beteiligten Arbeitgeberverbänden gekündigt. Offen ist noch, ob es für die Volks- und Raiffeisenbanken (AVR) gemeinsame Verhandlungen mit den anderen Arbeitgeberverbänden geben wird. Diese beginnen am 17.5.2004 in Frankfurt.

Deutsche sind ärmer

Das Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen liegt mittlerweile unter dem Durchschnitt der EU. Nur noch die Bürger der Südländer Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sind im Schnitt ärmer als die Deutschen, meldet das britische Wirtschafts-magazin „Economist“ nach eigenen Berechnungen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln bestätigte diese Angaben. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner betrage genau ein Prozent weniger als der Durchschnitt aller 15 EU-Nationen. Irland, das einstige Armenhaus Europas, liegt 20 Prozent über dem

deutschen Wert. Der Einkommens-rückstand Ostdeutschlands sei nur ein Grund für den Abstieg. Schwere wie die Qasi-Stagnation seit nunmehr 10 Jahren. Schwacher Trost: Nach der EU-Osterweiterung im Mai ist Deutschland wieder über den EU-Durchschnitt gerutscht.



Milliardengrab Arbeitsmarktpolitik

Es hätte alles so schön kommen sollen: Nach dem unrühmlichen Abgang von Florian Gerster sollte Anfang Februar ein neuer Aufbruch in der Bundesagentur für Arbeit stattfinden. Raus aus den Schlagzeilen und endlich wieder die Sacharbeit im Vordergrund der Tätigkeit. Der neue Vorsitzende Weise sollte diese Wendung zum Positiven schaffen. Nach nur wenigen Wochen ist dieser Aufbruch jedoch wieder dahin. Die Bundesagentur für Arbeit ist weiter denn je von ihrem Ziel entfernt, ein effizienter Dienstleister für die Millionen von Arbeitslosen zu sein.

Dabei sollte es nach dem Willen der Bundesregierung im Jahr 2002 mit Hartz alles anders werden: Schnelle, effiziente Arbeitsvermittlung und Halbierung der Arbeitslosenzahl innerhalb von zwei Jahren – also bis Sommer 2004. Bereits damals wurden Zweifel laut, ob die Hartz-Ideen geeignet waren, die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland erfolgreich zu bekämpfen. Der DHV warnte schon früh vor Verschwendung von Milliarden durch eine stümperhafte Umsetzung der noch keineswegs ausgereiften Hartz-Ideen (s. DAZ Nr. 6/2002, S. 12/13)

Die Befürchtungen sind leider eingetreten: Die sogenannten Hartz-Gesetze haben bis jetzt gar nichts bewirkt. Ich-AG und PSA haben keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt gebracht. Das Ziel, bis Sommer 2004 die Arbeitslosigkeit zu halbieren, ist in weiter Ferne. Das Gegenteil ist der Fall: Trotz sogenannter Statistikbereinigungen ist keine Trendwende zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit steigt immer weiter.

Statt Lösungen zu bringen, entwickelt sich die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung immer mehr zu einem andere Existenzen gefährdenden Milliardengrab, in dem die Beiträge der Versicherten versickern. Mit viel Geld werden Personal-serviceagenturen (PSA) aus dem Boden gestampft und am Leben gehalten. Nennenswerten Erfolg hat dieses Modell noch nicht gebracht. Im Gegenteil: Gerade einmal ein

Bruchteil der in den PSA'en beschäftigten Arbeitslosen konnte erfolgreich vermittelt werden. Mit Maatwerk ist mittlerweile die erste PSA in Insolvenz gegangen. Weitere PSA'en werden folgen. Sie haben in einer Art Goldrauschstimmung die Gelegenheit ergriffen, Fördergelder einzuheimsen. Sie haben wie Maatwerk versucht, den PSA-Markt mit Dumpingpreisen zu erobern, ohne sich genügend Gedanken über die Kostenseite zu machen. Die Leidtragenden werden die Arbeitslosen sein, die sich falschen Hoffnungen auf eine Reintegration in den Arbeitsmarkt hingegeben haben, und die privaten Arbeitsvermittler, die Gefahr laufen, durch die staatlich subventionierte Konkurrenz vom Markt verdrängt zu werden.

Wer weiß, wie Gesetze und Würste zustande kommen, der kann nachts nicht mehr ruhig schlafen.

(Otto Fürst von Bismarck)

Die Bundesagentur für Arbeit trägt eine gehörige Portion Mitschuld an der PSA-Misere. Sie hat anscheinend nicht immer die Angebote für die PSA'en kritisch hinterfragt, sondern hat sich von dem billigsten Preis leiten lassen. Anders ist es nicht zu erklären, wie die Bundesagentur Maatwerk mit der Betreuung von 10.000 Langzeitarbeitslosen beauftragen konnte, obwohl dieses Unternehmen lediglich über ein Stammkapital in Höhe von nicht einmal 25.000 verfügte und vorher nicht gerade als Experte für großflächige Personalvermittlung in Erscheinung getreten war.

Ein weiteres trauriges Kapitel: Die Ich-AG trägt zu Recht ihren Titel „Unwort des Jahres 2002“. Arbeitslose werden oft von den Arbeitsämtern zum Gang in die Ich-AG ermuntert. Welches Konzept hinter der Idee steht und ob dieses überhaupt tragfähig ist, interessiert oft nicht – Hauptsache raus aus der Statistik. Es ist zu befürchten, dass viele Ich-AG'en pleite gehen und die

Betreiber auf dem harten Boden der Realität landen werden, nämlich als Sozialhilfefall bei der Bundesagentur für Arbeit.

Der jüngste Skandal um die ausufernden Kosten der Jobvermittlung passt in dieses Mosaik: Zu teuer, zu ineffizient und vollkommen am Bedarf vorbei geplant. Die Bundesagentur kommt mit einem Produkt auf den Markt, auf dem sich schon viele private Anbieter erfolgreich tummeln. Sie meint, das Rad neu erfinden und mit Dumpingpreisen private Anbieter vom Markt verdrängen zu müssen. Eine private Bank hätte höchstwahrscheinlich keinen Pfifferling auf die Geschäftsidee gegeben – die Beitragszahler haben leider das Nachsehen und müssen für die über 150 Mio. teure Pleite aufkommen.

Der Vorsitzende Weise ist kaum aus den Startlöchern heraus ins Straucheln geraten. Das Vorstandsmitglied Alt als Verantwortlicher für die Jobvermittlung ist schwer angeschlagen. Und man fragt sich, wie es dazu kommt, dass die Vorsitzende des Verwaltungsrates, Ursula Engelenkefer, mal wieder ihre Hände in Unschuld wäscht, obwohl gerade ihr die besten Kontakte mit Alt nachgesagt werden. Sie, die die Nürnberger Behörde nach eigenen Angaben wie aus der Westentasche kennt, hätte von den Vorgängen wissen müssen.

Keine schönen Aussichten für die nähere Zukunft. Das Drama Arbeitsmarktpolitik geht weiter und wird noch viele Seiten in der DAZ füllen.

Henning Röders

**Redaktionsschluss
dieser Ausgabe
war der
05.05.2004**

Hartz IV: Desaster muss verhindert werden!

Wenige Monate vor Einführung des Arbeitslosengeldes II droht eine Pleite, die das Maut-Debakel weit in den Schatten stellen wird. Die Bundesregierung hat es bei Hartz IV, der Zusammenführung und Vereinheitlichung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld, bisher versäumt, hinsichtlich der Regelung der Zuständigkeiten zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen eine eindeutige Rechtslage zu schaffen. Die Bundesagentur für Arbeit kann die notwendigen Vorarbeiten für den Start des Arbeitslosengeldes II gar nicht in Angriff nehmen, weil die Rechtsgrundlagen fehlen. Sie muss tatenlos das Ergebnis des Streites zwischen Bundesregierung und Bundesrat abwarten. Dieser wird wohl erst vor der Sommerpause entschieden. Dann ist es aber höchstwahrscheinlich zu spät für die Gewährleistung eines reibungslosen Starts für das Arbeitslosengeld II. Denn eine derart umfangreiche Reform, an der Zehntausende Beamte und Angestellte beteiligt sein werden, braucht einfach Zeit. Es droht mal wieder ein schlecht vorbereitetes Gesetz.

Vor diesem Hintergrund ist unverstänlich, dass die Bundesregierung eisern am 01.01.2005 als vorgesehenem Einführungstermin festhalten will. Die wirtschaftliche Existenz

von Millionen Bundesbürgern steht auf dem Spiel. Sie müssen von dem Geld ihren Lebensunterhalt bestreiten und können deshalb nicht Monate warten, bis die Auszahlung des Arbeitslosengeldes II richtig funktioniert. Die Bundesregierung muss dieses erkennen und die Warnungen des BA-Chefs ernst nehmen. Sie handelt grob fahrlässig, wenn sie von der Bundesagentur für Arbeit Improvisationstalent einfordert und ihr abverlangt, notfalls ohne die Computersoftware – also per Hand – das Arbeitslosengeld II auszuzahlen. Sie wäre statt dessen gut beraten, erst mal die eigenen Hausaufgaben zu machen.

Die bereits vor der Einführung auftretenden Probleme sind ein Warnsignal dafür, dass Hartz IV eine verkorkste Reform ist. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Bundesregierung den Kommunen, die seit Jahrzehnten meist ohne große Probleme die Sozialhilfeempfänger betreuen, die Zuständigkeit dafür entzieht und sie der Bundesagentur für Arbeit überträgt. Diese ist trotz der Namensänderung nach wie vor eine Versicherung für Arbeitslose, die während ihrer Berufstätigkeit Beiträge bezahlt haben und für eine bestimmte Dauer ihrer Arbeitslosigkeit Ansprüche auf Unterstüt-

zung haben. Sozialhilfeempfänger dagegen haben keine Ansprüche mehr auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Anstatt funktionierende Strukturen zu zerschlagen und neue Unsicherheiten bzw. Zuständigkeitskonflikte zu schaffen, sollte sich die Bundesagentur für Arbeit auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren, nämlich auf die Unterstützung und Vermittlung von anspruchsberechtigten Arbeitslosen. Hier gibt es noch viel zu tun.

Es ist ein Trauerspiel, dass die Bundesagentur für Arbeit entgegen ihrer eigentlichen Daseinsberechtigung als Versicherung zu einer Monsterbehörde zur Betreuung aller Erwerbslosen ausgebaut werden soll und sie nach dem Willen der Regierungsparteien zur Bewältigung dieser Aufgabe alle anderen Reformvorhaben – wie die Verbesserung der Arbeitsvermittlung – bis auf weiteres aufs Eis zu legen hat. Das ist keine vernünftige Reformpolitik. Die Bundesregierung sollte die Konsequenzen ziehen: Sie soll Schadensbegrenzung betreiben, Hartz IV zurücknehmen und ein neues, durchdachtes Reformvorhaben unter Wahrung der Zuständigkeit der Kommunen für die Betreuung der Sozialhilfeempfänger auf den Weg bringen.

DHV-Hauptvorstand

Ausbildungsabgabe

Die SPD bietet derzeit wieder einmal ein anschauliches Beispiel dafür, warum der Normalbürger von „der Politik“ immer weniger hält, im vorliegenden Fall zu Recht. Warum auch sollte er das parteiinterne Gezänk der SPD als Politik zur Lösung von Problemen betrachten?

Dabei hat die SPD in der grundlegenden Beurteilung des Ausbildungsplatzmangels ja Recht: es gibt zu wenig Ausbildungsplätze! Doch das war es auch. Die Wirtschaft kollektiv in Haftung zu nehmen und mit einer neuen Abgabe zu belasten, kostet das Geld, das anderweitig nicht mehr ausgegeben werden kann,

weder für Investitionen noch für die Mitarbeiter – dort könnte es sich als die angestrebte Mehrung der Kaufkraft positiv auswirken. Für die Ausbildungsabgabe muss eine umfangreiche Bürokratie aufgebaut werden, die einen hohen Prozentsatz der Abgabeeinnahmen wieder aufzehren wird; die viel kritisierten Verwaltungskosten der Krankenkassen sind dagegen niedrig.

Dabei gibt es wenig Argumente, die für einen positiven Effekt einer Ausbildungsabgabe sprechen: wer ausbilden kann, tut es jetzt schon; die vielen Tausend ausbildenden Betriebe, die im letzten Jahr insolvent

wurden, sind als Ausbildungsstätten trotzdem weg. Wer nur wegen möglicher Zuschüsse ausbildet, gehört wohl nicht zu den Besten –

Lehrzeit = Leerzeit lässt grüßen.

So viel Unverstand kann man nur einer Partei zutrauen, die sich von der Realität verabschiedet hat. Aber Halt: es ist nur der Teil der SPD um den neuen Vorsitzenden Müntefering, der bei einem Misslingen „beschädigt“ würde. Wer dieses innerparteiliche Hick-Hack den Bürgern als solide Sachpolitik verkaufen will, muss auf die Schnauze fallen! Zum Schaden der Jugend, die auf Ausbildungsplätze wartet.

he

CGB-Maikundgebung am Hambacher Schloss

Im Jahr 1832 fand im Schloss von Hambach/Pfalz das Hambacher Fest statt, auf dem die Forderung nach einem deutschen Nationalstaat erhoben wurde – eine für die damalige Zeit kühne und utopisch erscheinende Forderung. 160 Jahre später kamen zahlreiche CGB-Gewerkschafter an gleicher Stelle zusammen, um mit der zentralen Maikundgebung des CGB ein denkwürdiges Ereignis zu feiern: Die Osterweiterung der Europäischen Union und die damit verbundene Überwindung der europäischen Teilung in Ost und West.

„Wir wollen Europa als Wertegemeinschaft!“ begrüßte der CGB-Vorsitzende Wolfgang Jäger die EU-Osterweiterung in seiner Ansprache. Im Hinblick auf das Gewerkschaftsverfahren zwischen IG Metall und CGM betonte Jäger, dass Freiheit in Europa auch Gewerkschaftsfreiheit bedeutet. Die Bundesregierung forderte er zu einer gerechteren und sozialeren Politik auf, die vor allem die Verbesserung der Berufschancen für junge Menschen zum Ziel hat.

Als internationaler Gast sprach der Vorsitzende der dänischen Partnergewerkschaft Den Kristelige Fagbevaegelse, Mogens Stig Nielsen, Grußworte an die Teilnehmer. Die Verschiedenheit sei eine Stärke Europas, und die Respektierung der Verschiedenheit sei die Grundlage der europäischen Zusammenarbeit. Nielsen verurteilte die Vernichtungsstrategie der DGB-Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsfreiheit und die Freiheit der Gewerkschaftswahl seien Grundrechte. Es sei wert, für diese Freiheiten zu kämpfen und Gewerkschaftsmonopole zu verhindern.

Fortsetzung auf Seite 7

Aufruf zum 1.Mai 2004 Gewerkschaftsfreiheit sichert soziale Gerechtigkeit!

Wir sind der Staat! Politik und die Parteien tun so, als könnten sie mit ihren Reformbestrebungen den Arbeitnehmern ungeniert in die Tasche greifen, was von manchen Arbeitgeberverbänden und Interessengruppen aus Eigeninteresse unterstützt wird. Den Interessen der Arbeitnehmer wird dadurch nicht gedient. Sie

freie und unabhängige Gewerkschaften, die in einem fairen Wettbewerb um die beste Vertretung von Arbeitnehmerinteressen miteinander konkurrieren. Nur durch freie Gewerkschaften und ihren Wettbewerb ist soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Juristische Winkelzüge zur Behinderung oder Vernichtung der Existenz freier und unabhängiger Gewerkschaften sind Relikte aus vergangenen Zeiten und passen weder zum Grundgesetz noch zu einer demokratischen Verfassung im vereinten Europa.



Der Vorsitzende der Dänischen Partnergewerkschaft Den Kristelige Fagbevaegelse, Mogens Stig Nielsen, bedankt sich beim CGB-Vorsitzenden Jäger mit einem Geschenk für die Einladung.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Aus der ehemaligen Wirtschaftslokomotive Europas wurde das Schlusslicht der EU. Die hektischen Reformaktivitäten der amtierenden Bundesregierung greifen auch deshalb nicht, weil sie weder ordnungspolitisch durchdacht sind noch den Bürgern und Arbeitnehmern als sozial gerecht vermittelt werden können. Das Abkassieren bei Arbeitnehmern und Rentnern durch „Jahrhundertreformen“ hat bei den Betroffenen den letzten Rest an Glaubwürdigkeit der Politik verspielt.

sind die Leistungsträger Deutschlands! Weniger Staat und mehr Selbstverwaltung der Betroffenen ist Gebot der Stunde. Das soziale Modell Deutschlands und der Begriff der sozialen Gerechtigkeit sind in den zurückliegenden Jahren stark beeinträchtigt worden; diese Begriffe müssen mit zukunftsweisenden Inhalten wieder begründet werden.

Der CGB bekennt sich zu den christlich-sozialen Grundwerten und erstrebt deren Verwirklichung in der Wirtschaft und im Arbeitsleben. Dazu gehören Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität. Die Tarifautonomie ist dabei ein Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Staatliche Eingriffe in die Ausgestaltung unserer Tarifverträge lehnen wir ab. Stattdessen brauchen wir den Wettbewerb konkurrierender Tarifsysteme, der nur durch freie und unabhängige Gewerkschaften entstehen kann. Der CGB fordert deshalb Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, die vom Grundgesetz vorgegebene Pluralität der Gewerkschaften zu vollziehen und die vorhandenen rechtlichen Hemmnisse zu beseitigen.

Grundlage des deutschen Wohlstands ist die soziale Marktwirtschaft, deren gemäßiger Wettbewerb der Wirtschaft, dem Staat und den Arbeitnehmern gleichermaßen gedient hat. Wettbewerb als Motor von Wirtschaft und Gesellschaft schließt Monopole aus. Das gilt auch für Gewerkschaftsmonopole: sie verhindern die notwendigen Reformen in Deutschland. Daher brauchen wir

Nur Gewerkschaftsfreiheit sichert soziale Gerechtigkeit!

1. Mai in Paris

Mettre l'Homme au Cœur de l'Europe

Unter dem Motto „Macht die Menschen zum Mittelpunkt (Herzen) Europas“ wurde die diesjährige Maiveranstaltung unserer französischen Schwestergewerkschaft CFTC, der Confédération Française des Travailleurs Chrétien, in Paris zu einer fröhlichen Manifestation für Europa. Etwa 4.000 Kolleginnen und Kollegen hatten sich am Vormittag am



Tour Montparnasse zusammengefunden und zogen unter den Klängen einer Musikkapelle in einem langen Zug zum Eiffelturm. Viele blaue Fahnen zeigten die Herkunft der

Fortsetzung von Seite 10

Der Vorsitzende der CGM, Reinhard Schiller, hob die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die deutsche Gewerkschaftslandschaft hervor. Ohne diese gäbe es keine tarifpolitische Konkurrenz um die besseren Lösungen, und die DGB-Gewerkschaften würden auch das schlechteste Ergebnis noch als Erfolg verkaufen. Als wichtige Aufgabe nannte Schiller, verloren gegangenes Vertrauen der Arbeitnehmer in die Gewerkschaften zurück zu gewinnen. Die Politik der DGB-Gewerkschaften habe der Gewerkschaftssache erheblichen Schaden zugefügt.

Die Maikundgebung war eine Demonstration des Willens des CGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, für die Gewerkschaftsfreiheit in Europa zu kämpfen. Der CGB lässt sich nicht unterkriegen!

rö

Kollegen an, aus den Departments, den Fédérations oder den Betriebsgruppen, wie z. B. Peugeot, wo die CFTC über 1.000 Mitglieder hat.

Überall sah man fröhliche Gesichter, selbst die vom Demonstrationszug behinderten Autofahrer machten gute Miene zum bösen Spiel; viele grüßten und winkten – eine gelöste, heitere Stimmung.

Eine Kindergruppe trug die Fahnen der Beitrittsländer, die internationalen Gewerkschaftsvertreter bildeten die Spitze des Zuges. Nicht nur Delegationen der christlichen Gewerkschaften aus den Beitrittsländern, z. B. aus Lettland, Polen, der Tschechei und der Slowakei hatten sich eingefunden: auch die „alten“ Staaten bzw. deren christlichen Gewerkschaftsverbände waren vertreten: Österreich und Dänemark sowie Deutschland, das vom stellvertretenden CGB- und DHV-Vorsitzenden Jörg Hebsacker vertreten wurde. Auch ein rumänischer Vertreter war dabei und hoffte in seiner Ansprache, dass auch seine Heimat bald zur Europäischen Union gehört.

Zu Füßen des Eiffelturms, auf dem Champ de Mars gab es einen Aperitif für alle Teilnehmer, einige aufmunternde Reden ohne aufputschende Parolen und dann ein fröhliches Picknick. Eine polnische Gruppe

tanzte und sang, eine elsässische Blaskapelle unterhielt die Gäste mit fröhlichen Weisen. Das war eine Maifeier ohne das bei den deutschen DGB-Maifeiern übliche klassenkämpferische Kriegsgeschrei – im Gegenteil: diese Maikundgebung



Der DHV-Verbandsvorsitzende Jörg Hebsacker sowie Ernst Gfrörer von der fcg / GPA in Österreich vertreten den WBA (Weltbund der Angestellten), dessen Europa-Vorsitzender Gfrörer ist

schaffte ein positives Gemeinschaftsgefühl und Aufbruchstimmung für das gemeinsame Europa: Menschen mit Herz für Europa – die Erweiterung Europas ist eine Herausforderung an die christlichen Gewerkschaften aller Nationen!

he



Entlassung wegen Unfähigkeit!

Gesundheitsreform, Rentenreform, Arbeitsmarktreform, Steuerreform: Die Notwendigkeit all dieser Neuordnungen ist unbestritten. Zutiefst erschrecken muss jedoch die Unfähigkeit der Politiker, die Reformmaßnahmen ausgewogen zu gestalten und ihre Unabdingbarkeit einer kritischen Öffentlichkeit zu begründen.

Nachdem alle Proteste kaum etwas bewirkt haben, zeichnet sich jetzt scharfer Gegenwind endlich bei der unsinnigsten und überflüssigsten aller Reformen ab: bei der sogenannten Rechtschreibreform. Nicht nur Juristen verneinen die demokratische Legitimierung des Machwerks und Sprachwissenschaftler prangern ihre mehr als stümperhafte sprachliche Ausgestaltung an.

Im Februar 2004 forderten 50 deutsche und schweizerische Rechtsprofessoren die „sofortige Beendigung des Projekts Rechtschreibreform. Durch die Art der Einführung sei bei vielen Bürgern der Eindruck der demokratisch nicht

legitimierten Bevormundung durch die Exekutive entstanden“. Darüber hinaus attestieren die Juristen der Reform „schwerwiegende Mängel, die das Ergebnis einseitiger, verkürzter und falscher Betrachtungen der deutschen Sprache sowie unausgewogener Formelkompromisse der verantwortlichen Kommissionsmitglieder“ seien. Durch diese Defizite würden die Einheitlichkeit der deutschen Schriftsprache und die Stellung des Deutschen im Ausland gefährdet. Die Wissenschaftler fordern deshalb „die sofortige Kündigung der Wiener Absichtserklärung, die Aufhebung der zur Umsetzung der Erklärung erlassenen Regelungen sowie die Ablösung der mit der Reform befassten Kommissionen“.

Die deutsche Gesellschaft für Sprachwissenschaft fasst zusammen: Der Sündenpfehl der zwischenstaatlichen Kommission in Mannheim, das Ausmaß ihrer Unprofessionalität erschließt sich erst nach eingehendem Studium der neuen Regeln mit inzwischen 1.106 Anwendungsbestimmungen (Ausnahmen, Ausnah-

men von den Ausnahmen und wo möglich Ausnahmen von den Ausnahmen der Ausnahmen).

Kann man etwas reformieren, was man selbst nicht versteht?

„Die angeblich weite Verbreitung der Neuschreibweisen“, so Dankwart Guratzsch in DIE WELT, ist reine Fiktion. In Publikationen und im digitalen Schriftverkehr wird die Anwendung der Reformorthographie von Computerprogrammen gesteuert – sie ist keine Leistung der Autoren. Wie viele Schreibkundige sie tatsächlich beherrschen, ist bisher nie geprüft worden“. Die Lehrer an den Schulen stellen eine Erhöhung der Fehlerquote fest. Vom überwiegenden Teil der Bevölkerung in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz werden die Regeln überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Was liegt näher als die Rückkehr zur bewährten Rechtschreibung und die Ab- oder Auflösung der überflüssigen Kommissionen?

Helmut Stein

Die Bahn hartz

Zehn Jahre nach ihrer Privatisierung steht die Bahn AG wahrlich nicht gut da: Unzufriedene Kunden, viele Verspätungen, Ticket-Chaos und ein großes Finanzloch plagen das ehemalige Staatsunternehmen – von Unternehmen Zukunft keine Spur.

Aber was nicht ist, kann ja noch werden – die Ideenwerkstatt der Bahn AG ist jedenfalls sehr innovativ. Nach Mc Donald's als Caterer oder Bedienung am Platz ist jetzt ein neues Kaninchen aus dem Hut gezaubert worden:

Ticketverkauf als Ich-AG!

600 Reisezentren drücken auf die Bilanz der Bahn AG: Zu viel Personal, das hinter dem Schalter sitzt, zu viele Kunden, die Reisebüro, Internet und Fahrkartenautomaten nutzen.

Deshalb: Runter mit den Personalkosten durch Schließung von 200

Stellen. Angeblich soll es bald nur noch 400 Fahrkartenverkaufsstellen geben. Die restlichen werden aufgelöst. Die dann überflüssigen Mitarbeiter dürfen sich auf ein „Trostpflaster“ freuen: Sie dürfen sich als Ich-AG selbständig machen. Die Bahn hilft mit Gründerberatung und Logistik.

Die Ich-AG treibt nun auch bei der Bahn ihr Unwesen. Aus der Idee, die Arbeitslosen von der Straße zu holen, entwickelt sich zunehmend ein Jobkiller von bestehenden Arbeitsplätzen. Kein Kündigungsschutz, keine Arbeitszeitbeschränkung, kein geregeltes Einkommen, null Sozialleistungen – der Manchester-Kapitalismus lässt grüßen. Das pikante an der Bahn-Idee ist, dass die Reisezentren wegen Unwirtschaftlichkeit ersetzt werden sollen durch Ich-AG's. Warum macht man sie nicht wirtschaftlicher? Werden die Ich-AG's

wirtschaftlicher sein? Und wenn nicht? Dann ist der Weg in die Pleiten programmiert.

Die Bahn meint, dass eine Ich-AG Ideen umsetzen kann, die ein herkömmliches Reisezentrum nicht verwirklichen kann. Toll! An welche Ideen denkt da die Bahn: Vielleicht an den Verkauf von Obsttüten neben den Fahrkarten? Oder die Ich-AG wird für ein paar Minuten geschlossen, damit der Vorstandsvorsitzende einer alten Dame oder einem alten Herrn das Gepäck für 3 € auf den Bahnsteig tragen kann?

Vorschlag: Diejenigen, die die Idee ausgedacht haben, sollen mit gutem Beispiel vorangehen. Sie werden wegrationalisiert und dürfen als Trostpflaster eine Ich-AG im Bahnhof gründen. Mal sehen, wie die klarkommen werden.

rö